

# Der freie Schwarzwälder

## Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald · Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

### Amtsblatt für Wildbad

Er erscheint Donnerstags

mit amtlicher Fremdenliste

Telephon Nr. 41



Bezugpreis monatlich 50 Bfg. Durch die Post im Nachbarortsbereich 2.15 M., in Württemberg 2.20 M., überseesfähig, hierzu Belegpreis 50 Bfg.

Angerben 12 Bfg., von auswärtig 15 Bfg. die Monatshefte oder deren Raum. Reklame 25 Bfg. die Zeile. Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Bfg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Bfg.

Nr. 57

Freitag den 7. März 1919

36. Jahrgang.

## Schwaben.

Seit einigen Monaten ist eine Bewegung im Gange, die auf die Vereinigung aller schwäbischen Volksteile, soweit sie im Deutschen Reich und in den angrenzenden Gebieten der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie geschlossene Siedelungen darstellen, abzielt. Zuerst vertrat Dr. Karl Magirus in Ulm a. D. den Gedanken in einer Schrift, die die Notwendigkeit der Zusammenfassung aller Schwaben aus Gründen der geschichtlichen Tatsachen und der Stammeszugehörigkeit darzulegen versucht. Kurz darauf erscholl ein ähnlicher Ruf aus dem babilonischen Lande. Dr. Manfred Cimer in Heidelberg, bisher Studienrat in Straßburg, vertritt mit ausdrücklichster Berufung auf die Anregung des Dr. Magirus die Anschauung, daß die wirtschaftliche und kulturelle Gemeinschaft der Württemberger und Badener unabwieslich deren politische Vereinigung bedinge. Und der Gedanke hat, im Sinne der weitgreifenden Magirus'schen Forderung im bayerischen Schwaben bereits so weit Wurzel geschlagen, daß nach neueren Berichten dort unter dem abstoßenden Eindruck der politischen Vorgänge in dem süddeutschen Berlin werden zu sollen scheint, in Stadt und Land eine Stimmung für die Loslösung vom ehemaligen Königreich Bayern und für den Anschluß an Württemberg aufgekommen ist, die besonders kräftig in der Grenzstadt Memmingen zum Ausdruck kommen soll. Wie dem auch sei, die Frage ist in Fluß gebracht und man kann nicht mehr achsellos an ihr vorübergehen. Wir möchten daher, ohne jetzt schon zu der Sache eigene Stellung zu nehmen, unseren Lesern wenigstens in kurzen Auszügen die Begründung der „Schwabentrage“ zur Kenntnis bringen, wie sie in den genannten Schriften dargelegt ist.

Dr. Magirus führt in seinem Aufsatz „Schwaben“ u. a. aus:  
Etwa seit dem Jahre 350 nach Christus hat der deutsche Stamm der Schwaben oder Alamannen seine Eigen im nördlichen Deutschland. Schwaben und Alamannen sind zwei verschiedene Namen für ein und denselben Volkstamm. Der Name Schwaben, wie sie sich selbst nannten, wird zurückgehen auf die Sueven, wie sie bei den römischen Geschichtsschreibern Cäsar und Tacitus genannt werden. Später heißt dieser Volkstamm

bei den Römern Alamannen. In der romanischen Sprache heißt Deutschland Alamagne nach dem deutschen Volkstamm Alamannen oder Schwaben, der an Frankreich angrenzt. In Deutschland war der Schwabename zu allen Zeiten der volkstümliche.

Seit dem Untergang der Hohenstaufen um 1250 zerfällt Schwaben in Einzelgebiete. Seit 1300 beginnt der Freiheitskampf der helvetischen Schwaben-Alamannen gegen die habsburgische Unterdrückung und damit die Lösung zunächst vom Reich, nicht von der schwäbischen Stammesgemeinschaft. Am 1. Juli 1500 löst sich im „Schwäbischen Kreis“ Kaiser Maximilian I. die schwäbische Stammesgemeinschaft noch einmal auf und erhält sich bis zum Zusammenbruch des alten Reichs. Im 17. Jahrhundert aber fällt das Elsaß an Frankreich. Die Geschichte spricht von dem Raubkrieg Ludwigs XIV., des Vorbilds absolutistischer selbstherrlicher Willkür. Napoleon I. riß das schwäbische Land zwischen Iller und Lech los und gab es an die Krone Bayern. Mit dieser politischen Zerstückelung hängt es auch zusammen, daß das Schwäbische oder Alamannische (wie beiläufig bemerkt auch das Bälische) in viele landschaftliche Mundarten zerfällt und daß wieder ein geschlossenes Stammesgebiet bildet, nicht mehr so lebendig ist.

Zum schwäbischen Stamm gehört das Elsaß, die deutsche Schweiz, Vorarlberg und Neuchâtel, Baden mit Ausnahme der nördlichen Landestteile, Hohenzollern, Württemberg, endlich der bayerische Kreis Schwaben und Neuburg, eine Bevölkerung von mehr als 9 Millionen, ein reichbegabtes Land. Freilich die Schweizer haben sich seit Jahrhunderten in der Eidgenossenschaft ein eigenes staatliches Heim erkämpft. Das wollen und sollen sie behaupten. Wir können aber von diesen politischen Stammesgenossen mancherlei lernen und uns zum Vorbild nehmen. Die Elsässer hängen treu an ihrem Elsaßtum, haben aber als Grenzland unter den bitteren Erörterungen der Geschichte schwer gelitten. Was wird ihre Zukunft sein? Bayern wird von anderer Seite erheblichen Stammesverwandten Zuwachs erhalten und seinen Schwaben keine Schwierigkeiten machen, wenn diese, ihrer geschichtlichen Sprach- und Stammeszugehörigkeit sich erinnernd, sich da anschließen wollen, wo sie von Alters her ihre natürlichen nachbarlichen Verbindungen hatten. Kein Bundesstaat ist so sehr in der Hauptstadt

konzentriert wie Bayern in München, was besonders die schwäbischen Städte bezeugen können. Aus Vorarlberg werden noch keine Stimmen laut. Aber die Verlehrsachsen zwischen Bregenz und Lindau—Friedrichshafen—Konstanz sollten lieber heute als morgen fallen. Den Vorarlbergern gegenüber ist es geradezu nationale Pflicht, kommt uns aber auch vom Herzen, ihnen die Hand zu bieten. Wie lange es, wo jezt alles im Fluß ist, dazu noch Zeit ist, ist sehr die Frage. Mannheim und Heidelberg sind freilich ursprünglich rheinfränkisch; waren es doch die Residenzen der rheingräflichen Kurfürsten. Aber an der Mündung des schwäbischen Neckars gelegen, haben sie von Alters her nirgendsohin eine engere Verbindung als zum alten schwäbischen Kreis nach aufwärts und rheinwärts. Wir gehören zusammen. Hohenzollern würde bei dieser Zusammenfassung als verbindendes Mittelglied eine besondere Bedeutung gewinnen. An Preußens wohlwollender Drang in dieser Frage wird man kaum zweifeln wollen. Württemberg und Baden müssen freilich zunächst jedes für sich wieder anzubauen werden zu einem selbständigen Staatswesen mit Volksvertretung und einer der besten Vertretung verantwortlichen Regierung. Aber grundsätzlich muß man sich sofort zum Zusammenschluß zu einem Bundesstaat oder Reichsland Schwaben bekennen und Verhandlungen über den Zusammenschluß eintreten, so daß dieses Reichsland zugleich mit dem von der Nationalversammlung zu schaffenden neuen Reiche ins Leben tritt. Durch den größeren Zusammenschluß sollen die bisherigen landschaftlichen und kulturellen Zusammenhänge nicht minder geschützt, sondern diese Werte sollen behütet und gepflegt, ja ausgebaut werden, so in Baden wie in Württemberg. Aber die Interessen, die den Zusammenschluß verlangen (man denke nur an die Verkehrsarbeiten), sind nach Zahl und Gewicht so erdrückend, daß schon von diesem Gesichtspunkt aus gemacht werden muß.

Aber die Rivalität der Hauptstädte. Neben Stuttgart und Karlsruhe könnten sich Ulm und Mannheim, Augsburg (wenn es sich anschließen will), Freiburg u. a. werten. Sie und alle anderen werden nur gewinnen. Den Regierungssitz Schwabens wird man nach anderen Gesichtspunkten wählen. So kann auch der Landtag des Reichslandes Schwaben an einem kleinen ruhigen Orte zusammenzutreten, der in der Mitte des Landes gelegen wäre, etwa am Donau- oder Neckaroberlauf. Die

## Ein Deutscher

Von Otto Karpf.

„Lassen wir das alles bis nach dem Essen und denken vorläufig nicht daran,“ unterbrach sie der alte Frosch, „ich hoffe ein offenes Wort zwischen Mr. Reichardt und mir wird seinen Zweck nicht verfehlen. Lassen Sie uns jezt zu Tische gehen!“ Er wandte sich nach der Türe, und John eilte herbei, um einer der jungen Damen seinen Arm zu bieten. Wie ein scharer Vogel aber hatte sich Margaret Darricts Arm bemächtigt und zog diese nach der Türe mit sich fort. Reichardt aber schloß einen schmerzenden Druck auf seiner Brust — sie hatte seine Begleitung vermeiden wollen.

„Neht artig von Margaret!“ sagte John, halb lachend, halb verächtlich dem Paare nachblickend, „very well, so müssen wir uns einander fähren!“ Er faßte den Arm Reichardts, mit diesem den übrigen folgende. „Ich bin schon halb ein glücklicher Mensch, Reichardt!“ lächelte er in seiner fast seinem Begleiter zu. „Darrict ist lebenswürdiger als je, und nun um Gotteswillen machen Sie uns keinen Strich durch unsern heiteren Tag!“

„Alles Glück, John!“ erwiderte der Angeredete nur, während sie in das Speisezimmer traten, und wies hier einen freieren Blick umher. Margaret's letzte Bewegung hatte ihm plötzlich eine Sicherheit und seinem Entschlusse eine Bestimmtheit gegeben, von denen er kaum wußte, wie sie entstanden.

„Mr. Frosch,“ erwiderte Reichardt, und strebte unsonst, einen Druck, der auf seiner Stimme lastete, zu entziffern, „es hätte wahrlich nie der stilleren Freundschaft bedurft, um mich hier zu halten, wenn eine Möglichkeit, zu bleiben, für mich vorhanden wäre —“ er hielt inne und musterte sich mit Nacht zwingen, Frosch's forschenden Blick auszuhalten.

„Very well,“ erwiderte er, „was ich aber verdient zu haben glaube, Mr. Reichardt, ist wenigstens die An-

gabe eines irgend greifbaren Grundes. Haben Sie nach meiner offenen Aussprache gegen Sie doch immer kein Vertrauen zu mir gewonnen, so werden Sie wenigstens einsehen, daß man ein Geschäft nicht so augenblicklich ohne Angabe einer Ursache verläßt.“

Reichardt lächelte sein ganzes Innere zu dem Manne hingezogen, er fühlte sich weich werden, er hätte ihm sein ganzes Herz ausschütten mögen, und dann ohne Abschied davonzugehen aber er besang sich. „Ich hatte es mir durch John als letzten Freundesdienst erbeten, Mr. Frosch,“ sagte er, „ohne weiter an mich gestellte Fragen gehen zu dürfen; ich weiß, daß ich mich der Verleumdung dadurch aussehe, aber ich kann und darf es im Augenblick nicht ändern.“

„Gut,“ erwiderte Frosch, sich wie in leichtem Umwege erhebend, während Reichardt seinem Beispiele folgte, „ich kann Sie nicht zwingen, zu reden; indessen — trotz der Bestimmtheit Ihres Entschlusses will ich dies noch nicht als Ihr letztes Wort ansehen. Ueberlegen Sie bis heute Abend, und dann möge es Ihnen noch immer freistehen, mir die Kassenschlüssel abzugeben oder zu behalten. Ich werde Sie nach Geschäftsschluß hier erwarten.“

„Ich werde zur Zeit hier sein, Sie!“ erwiderte Reichardt, der nicht den Mut in sich fühlte, einem solchen Verfahren gegenüber kurz abzubrechen, und er wandte sich, von dem anderen geleitet, nach der Türe.

Wie ein Stein begann es sich auf Reichardt's Brust zu legen, als er das Haus verlassen und dem Gesichte zuschritt. Er wußte, daß das Glück zum zweitenmale in seinem Weg getreten war, daß er nur die Hand ausstrecken durfte, um sich die Türe zu einer erfolgreichen Karriere zu öffnen: daß, wenn er von sich rief, was sich ihm jezt bot, von neuem ein halbes Leben ohne Ziel und ohne innere Befriedigung vor ihm stand. — Was Darrict aus Lamee oder einer Völlung ihm fähren hätte für ihn getan, als sie ihn einer unwürdigen Lage entriß, das war von Margaret aus Mitleid geschöhen; sein jeztigen Stellung war er schwier-

machen die Schwebelien, und nur zu gut meinte er jezt ihr heutiges Wesen verstehen zu können. Wie sollte er ihr gegenüber ausdauern, ohne sich selbst anzusehen? Er mußte ja gehen! Was ihm aber die Ausführung seines Entschlusses am schwersten machte, das war die Freundschaft des alten Frosch.

Er hatte das Büro erreicht, ohne sich dessen recht bewußt zu sein, und erst als er einige bereits wartende Geschehnisse zu erledigen laud, raffte er sich auf. Er hatte eben seinen Platz im Kassenzimmer wieder eingenommen und wollte sich auf neue seine Gedanken überlassen, als sich die Türe langsam öffnete und des Kupferstiebes Gesicht sich vorsichtig hereinbog. „Ausgezeichnet, daß Sie allein sind, Professor!“ rief diese, halblaut und schlüpfte ins Zimmer; „müssen übrigens hier verdammt gut angeordnet stehen; die Herren da vorn haben mich mit einer Artigkeit hereingewiesen, die ich kaum einem von ihnen zugetraut hätte.“

Reichardt, dem in seiner gedrückten Stimmung der bekannte Ton wie eine Verstärkung aus Ohr schlug, erhob sich lächelnd und zog einen Stuhl herbei. „Einwas Neues, Reichard?“ fragte er.

## Vermischtes.

Der 1. Landwirtel. Die Landwirte sind jezt schon geföhrt. Am 2. März kam auf einen Gutshof bei Hünch in Unterehen eine Bande aus 15 Personen zu dem Landwirt Adam Heßlein, um Lebensmittel einzukaufen. Als letzterer erklärte, nichts abgeben zu können, wurde er einjach erschossen. Die Gesellschaft raubte dann das bare Geld, Kriegsanzeichen, Fleisch, und Wurstwaren und ergießt die Stadt. Drei von ihnen sind verhaftet.

Verbot der Studentenorden. Auf Antrag des Soldatenrats beschloß der große Rat des Volksrats Heidelberg, sich an die Universitätsrat mit der Bitte zu wenden, den Studenten das Tragen von Farben und Mützen zu untersagen, weil durch das Tragen der Farben die Arbeiterkassen beeinträchtigt werde.



den Kammerpräsidenten, Baden usw. in allen Ehren, der in harter Zeit zusammengeschmiedete Reichsband aber heisse Schwaben.

Jetzt oder nie mehr, sagt Dr. Nagrus: der Gesamtwille zur Vereinigung aller Schwaben muß sich geltend machen, bevor die Neueinteilung des Reichs in der neuen Reichsverfassung festgelegt ist. Sonst ist es zu spät und der schwäbische Volkstamm wird für alle Zukunft nicht wieder die politische und wirtschaftliche Stellung im Reich einnehmen können, die ihm als einem der größten zukommt.

## Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 5. März.  
Tagesordnung: Deutschnationale Interpellation über die In-  
hände in der Provinz Posen.

Frau Dr. Schirmacher (D.N.): In den Ostmarken ist heute noch Krieg, denn die Polen haben trotz des Waffenstillstands die Feindseligkeiten nicht eingestellt. Die deutsche Bevölkerung ist in Angst und Not; Zehntausende sind geflüchtet. Noch schmerzlicher daran sind die jenseits der Demarkationslinie unter polnischer Herrschaft lebenden Deutschen, wo keine deutsche Verwaltung mehr besteht. Dort beginnt jetzt die Rückwanderung der im Westen befindlichen polnischen Bevölkerung, die, ungefähr 200 000 Seelen stark, jetzt in die Ostmark zurückkehrt, um das polnische Element zu verstärken und bei einer Abstimmung „beweisen“ zu können, wie stark polnisch Posen ist. Die Berichte sind dort einseitig von Polen besetzt und parteiisch. Daraus ergibt sich völlige Rechtlosigkeit der Deutschen. Die Aushebung erstreckt sich auch auf Deutsche. Die deutschen Weiseln sind noch nicht zurückgegeben. Ich frage daher die Regierung, was sie zu tun gewillt und fähig ist.

Reichsminister Erzberger: Sobald die Einstellung der Feindseligkeiten durchgeführt ist, wird der ungehinderte Eihand- und Schiffsverkehr in der Provinz Posen wieder aufgenommen werden. Es ist zu hoffen, daß wir aus dem besetzten Gebiete des Ostens landwirtschaftliche Erzeugnisse erhalten können. Die Aufgabe der Verbündeten, daß die Polen die Demarkationslinie nicht überschreiten dürfen und die Geflüchteten freilassen müssen, ist Inhalt des Waffenstillstandsabkommens. Gegenüber der Befürchtung, daß die polnische Bewegung auf Westpreußen übergreifen würde, gehe ich zu bedenken, ob nicht gerade die Festsetzung der Demarkationslinie einen Schutz dagegen bietet. Es ist jetzt Aufgabe der wehrfähigen Jugend, besonders in der Ostmark, ihre Heimat mit allen Kräften zu verteidigen. Ich hätte gewünscht, daß die preussische Polenpolitik schon früher den Grundgedanken des polnischen Volkes besser gerecht geworden wäre. Einer der wichtigsten Programmpunkte der deutschen Regierung zum Friedensschluß ist der Schutz der nationalen Minderheiten. Diese Forderung wird am besten dadurch begründet, daß wir den bei uns wohnenden nationalen Minderheiten dieselben Freiheiten gewähren, die wir für unsere deutschen Volksgenossen in anderen Ländern verlangen.

Preuß. Unterstaatssekretär Heinich: Durch das Abkommen vom 17. Februar ist der Schutz der Deutschen südlich der Demarkationslinie der verbündeten Kommission in Warschau übertragen worden, die in diesen Tagen in Bromberg zusammentreten wird. Die preussische Regierung hat der Kommission bereits ihre Grundzüge mitgeteilt, nach denen die Provinz Posen ein Bestandteil Preußens bleiben soll. In der Festsatzung ist neben den Verhandlungen seitens der Waffenstillstandskommission noch eine besondere Handlung des Roten Kreuzes im Gange.

Abg. Schulz-Posen (Soz.): Ich bin etwas pessimistischer, als die Regierung. Ich habe genug mit den Polen verhandelt und muß sagen: So viel Verhandlungen, so viele Wortbrüche.

Abg. Sagawe (Z.): Auch südlich der Demarkationslinie liegen noch rein deutsche Gebiete. Die Polen sollten durch Nachdruck sich nicht verleiten lassen, die Lebensmittel aus Posen zurückzuführen und dadurch in Deutschland die Hungersnot zu begründigen. Die deutsche Regierung sollte den apostrophischen Schutz ersuchen, seinen Einfluß bei den Polen geltend zu machen, daß sie ihre Feindseligkeiten und Grausamkeiten gegen die deutsche Bevölkerung unterlassen.

Abg. Dr. Herrmann-Posen (Dem.): Als die Revolution kam, hatten die Polen schon alle Vorbereitungen getroffen, um ihren Ansprüchen praktisch Nachdruck zu geben, durch ihre Organisation der Volksseite. Der mangelhafte Schutz der Deutschen im Demarkationsgebiet ist ein besonders trübes Kapitel.

Abg. Ohler (D.N.): Die Polen achten die Demarkationslinie nicht. Erst vor einer halben Stunde habe ich zwei Telegramme über neue Angriffe der Polen erhalten.

Abg. Deuermann (D.N.): Die Lage unserer Volksgenossen in der Ostmark ist in der Tat erbärmlich. Die Regierung ist alles von den Verhandlungen in Bromberg. Wir können aber von dieser Verhandlungskommission nicht unser Heil erwarten. Wir fürchten, daß diese Herren den Aufstellungsplan von fertig mitgebracht haben.

Abg. Dr. Cohn (U.S.P.): Was jetzt den Deutschen von den Polen angetan wird, ist genau so zu verurteilen, wie das früher von den Polen von den Deutschen Angetane. Leider steht dem nicht zu bestreitenden Übermut der Polen auf deutscher Seite eine gleichmäßige Schwächepolitik gegenüber, die sich in Mitleidigkeit und Würdelosigkeit und Anbiederung an den Verbündeten erschöpfte. Cohn schloß mit einem heftigen Angriff auf den Reichsminister Erzberger.

Reichsminister Erzberger: Die Angriffe des Herrn Abg. Cohn berühren mich nicht. Wer hat den Grenzschutz im Osten anmaßlich gemacht? Die Unabhängigen.

Nach weiterer Erörterung wird die Sitzung vertagt.  
Nächste Sitzung Freitag 3.15 Uhr: Antrags-, Sozialisierungs-  
gesetz, Gesetz über Regelung der Kohlenwirtschaft.

## Neues vom Tage.

### Das Sozialisierungsgesetz in Kraft.

Weimar, 6. März. Amtlich wird das Gesetz von der Nationalversammlung beschlossene und vom Staaten-  
auschuß bestätigte Gesetz veröffentlicht und in Kraft  
gesetzt, wonach jeder Deutsche, soweit er dazu imstande  
ist, die Pflicht zur Arbeit hat, die den Schutz  
des Reichs genießt. Jedem Deutschen soll die Möglich-  
keit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen  
Unterhalt zu erwerben bzw. Unterstützung zu erlangen.  
Das Nähere wird durch Reichsgesetz bestimmt. Die Ver-  
gesellschaftung geeigneter wirtschaftlicher Unternehmungen  
(besonders Gewinnung von Bodenschätzen, Ausnutzung von  
Naturkräften, Herstellung und Verteilung von Gütern) ist  
Sache des Reichs. Die Gemeinwirtschaft wird Selbst-  
verwaltungsböden unter Aufsicht des Reichs übertragen.  
Durch besondere Reichsgesetze wird die Ausnutzung von  
Brennstoffen, Wasserkräften usw. alsbald geregelt und  
zunächst mit der gemeinwirtschaftlichen Kohlenabgabe  
vom 5. März ab begonnen.

### Der Staatenauschuß.

Weimar, 6. März. Der Staatenauschuß hat dem  
von der Nationalversammlung angenommenen Entwurf  
eines Uebergangsgesetzes, einem Gesetze über die Bildung  
einer vorläufigen Reichswehr und eines Gesetzes zur  
Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen zuge-  
stimmt. Ferner erklärte der Staatenauschuß mit der  
Einbringung der Entwürfe des Sozialisierungsgesetzes und

des Gesetzes über die Kohlenwirtschaft in der National-  
versammlung einverstanden. Dabei gab der Vertreter  
der Reichsregierung zum Sozialisierungsgesetz die Er-  
klärung ab, daß soweit Unternehmungen der in Par. 2  
des Gesetzes bezeichneten Art sich im Besitze von Glied-  
staaten befinden, das Reich sich bei gemeinwirtschaft-  
licher Regelung mit den Gliedstaaten über ihre Interessen  
auseinanderzusetzen werde.

### Aus der Waffenstillstandskommission.

Berlin, 5. März. Bei den gestrigen Verhandlungen  
in Spaa über die Lebensmittelversorgung Deutschlands  
erklärte der englische Admiral Hope, man werde nicht  
erlauben, irgend welche Nahrungsmittel nach Deutsch-  
land gelangen zu lassen, bis ein bedeutender Fortschritt  
in der Übergabe der deutschen Handelsflotte gemach-  
t sei, die ganz unter die „Kontrolle“ der Verbündeten zu  
stellen sei. Außer der kleinen Teillieferung von 270 000  
Tonnen soll Deutschland nur noch unter allerlei Vor-  
behalt eine Teillieferung von 100 000 Tonnen aus Ar-  
gentinien ermöglicht werden. Admiral Hope erklärte, er  
hat keine Rede davon, Deutschland oder irgend jeman-  
d bis zur nächsten Ernte zu versorgen. Keynes  
(England) fügte hinzu, die 270 000 Tonnen könne Deutsch-  
land nur gegen Ablieferung seiner Schiffe erhalten. Der  
deutsche Abgeordnete erklärte, Deutschland habe das größte  
Interesse daran, die Verhandlungen zu beschleunigen, und  
sei fest entschlossen, mit der Auslieferung der Schiffe  
sofort zu beginnen. Die deutsche Regierung könne aber die  
Verantwortung nicht übernehmen, die Flotte herzugeben,  
ohne die Lebensmittelversorgung für die hungernde deut-  
sche Bevölkerung geordnet zu haben. Admiral Hope er-  
klärte, er könne nicht einwilligen, die Einzelfragen in  
Unterkommissionen zu behandeln, bevor er nicht schlüssige  
Antworten auf die Frage wegen der Auslieferung  
der gesamten deutschen Flotte erhalten habe. Infolge  
dieser Vorgänge in Spaa fand heute morgen in  
Weimar eine Sitzung des Kabinetts statt, als deren Er-  
gebnis eine Anweisung nach Spaa an unsere Unter-  
händler ergangen ist.

### Abbruch der Verhandlungen.

Berlin, 6. März. Die in Spaa geführten Ver-  
handlungen, über die Lebensmittelversor-  
gung Deutschlands, die Auslieferung der Handels-  
flotte und die damit im Zusammenhang stehenden finan-  
ziellen Vereinbarungen sind abgebrochen worden, nach-  
dem die Alliierten auf der sofortigen Auslie-  
ferung der deutschen Handelsflotte bestanden,  
ohne bindende Verpflichtung für die Lebensmittelversor-  
gung Deutschlands bis zur nächsten Ernte zu übernehmen.

### Generalfreist.

#### Kämpfe in Berlin.

Berlin, 6. März. Seit Mitternacht spielten sich  
schwere Kämpfe um das Polizeipräsidium ab. Die Spar-  
takisisten feuerten mit Maschinengewehren und Artillerie,  
so daß das Gebäude stark beschädigt worden ist. Eine  
Verbindung mit dem Polizeipräsidium ist unmöglich, da  
alle Zugangstraßen von Spartakisisten besetzt und die  
Telephonleitungen zerschnitten sind. Außer der Volks-  
marinedivision und einem Teil der republikanischen Sol-  
datenwehr sind auch ein Teil der „Matrosen“ und des  
2. Garderegimentes zu den Aufständischen übergegangen.  
Die nächtlichen Kämpfe sollen bisher 8 Tote und eine  
ganze erhebliche Anzahl von Verwundeten gelostet haben.  
Die Eindringlinge nehmen zu, besonders im Norden  
und Osten der Stadt. Der Wert des in den letzten  
Tagen gestohlenen oder zerstörten Einkommens beträgt  
mehr Millionen.

Die Belagerung und Beschließung des Polizeiprä-  
sidiums ist auch heute vormittag fortgesetzt worden. Das  
Stadtvogteihäuser, das sich unmittelbar an das Polizei-  
präsidium anschließt, wurde mit schweren Minen bom-  
bardiert. Es gelang den Angreifern, eine Anzahl Ge-  
währe zu beschaffen. Doch konnten sie wieder ergriffen  
und festgesetzt werden. Die Lage ist äußerst unklar. Die  
Mannschaften, die sich von der republikanischen Solbaten-  
wehr abgezweigt haben, erklärten Pressevertreter gegen-  
über, daß sie keine Spartakisisten seien. Ihr Grimm gelte  
nur den Reinhardttruppen.

Berlin, 6. März. Heute dürfen keine Zeitungen  
erscheinen. Die Setzer und Buchdrucker des Wolffschen  
Tel.-Bureaus sind abends 9 Uhr in den Ausstand ge-  
treten.

Leipzig, 6. März. Der Generalfreist dauert fort,  
doch sollen Verhandlungen zwischen dem Volksbeauf-  
tragten Schwarz und dem A.- und S.-Nat in Leipzig  
beginnen. Den Einwohnern ist das Verlassen der Stadt  
nicht mehr möglich.

In Thüringen flaut der Generalfreist merklich ab.

Heute, 6. März. Ein neuer Bergarbeiterstreik  
droht in Oberschlesien auszubrechen. Die Bergleute for-  
dern Entfernung des deutschen Grenzschutzes, Aufhebung  
des Belagerungszustandes und Entfernung der Offiziere  
und Studentenschaft, sowie Aufteilung einer polnischen  
Schugwehr. Bei der heutigen Frühlingsfeier fehlte die Be-  
legschaft von 10 Gruben.

Mannheim, 6. März. Der revolutionäre Ar-  
beiterrat forderte die Arbeitererschaft zum Generalfreist  
auf. Die Mehrheitssozialisten lehnten die Beteiligung  
ab und forderten die Arbeiter auf, die Arbeitsstätte nicht  
zu verlassen, um keine Gelegenheit zu neuen Putsch  
zu schaffen.

### Einigung.

Berlin, 5. März. Heute fanden unter dem Vor-  
sitz des Reichsarbeitsministers Bauer Verhandlungen  
mit den Vertretern der Streikenden des Mitteldeut-  
schen Streifgebietes statt, die zu einer vollen Einigung  
führten. In den nächsten Tagen wird eine Besprechung  
der Regierung mit den Vertretern der zuständigen Ar-  
beitgeberorganisationen in Weimar stattfinden.

Halle, 6. März. Die Eisenbahn ist wieder in  
Betrieb genommen worden. Der Ruaverteil Weimar

Berlin (über Halle), sowie München-Berlin über Halle  
ist wieder aufgenommen worden. Auch das städtische Elek-  
trizitätswerk ist wieder in Betrieb gesetzt worden.

### Von der Friedenskonferenz.

Paris, 6. März. Wie aus den Neußerungen der  
Pariser Zeitungen hervorgeht, sind die neuen verschärften  
Friedensbedingungen des Marshall's Foch auf Wi-  
derbruch gestoßen. Von gewisser (amerikanischer?) Seite  
wurde erklärt, daß es nicht angehe, in Abwesenheit  
Wilson's Beschlüsse zu fassen, die über die vorher fest-  
gesetzten und gebilligten Bedingungen hinausgehen. Ge-  
meint ist wohl der Versuch, Deutschland zur Annahme  
der äussersten Bedingungen zu zwingen, bevor der Ver-  
trag irgendwelche Lebensmittelzufuhren ausgeführt hat.  
Eine neue Forderung will die Lieferung der 270 000  
Tonnen Lebensmittel überhaupt davon abhängig machen,  
daß die gesamte deutsche Handelsflotte zuvor ausge-  
liefert wird. Für weitere Lieferungen sind neue Bedin-  
gungen vorzubehalten. Die Blätter erörtern, ob Foch zurück-  
treten müsse, falls seine Forderungen nicht durchdrin-  
gen. Vielfach wird angedeutet, daß Wilson die Ab-  
sichten Foch's nicht durchkreuzen könne, da er seit dem 3.  
März mit einer republikanischen Mehrheit im Senat  
und im Repräsentantenhaus in Washington zu rechnen  
habe, die seiner Politik entgegenstehe.

Paris, 6. März. (Reuter.) Der Ausschuß der  
Friedenskonferenz für die belgischen Angelegenheiten  
lehnte es ab, in der Frage der belgischen Ansprüche  
auf holländisches Gebiet ein Urteil abzugeben, da er über Gebiete eines neutralen Staats nicht ver-  
fügen könne.

Paris, 6. März. (Reuter.) Im Jeknerrat der  
Großmächte wurde bei der Beratung über die Er-  
nennung Tschedjo-Slowaken usw. darauf hingewiesen,  
daß täglich 800 Tonnen Lebens-  
mittel abgefordert werden, der Bedarf betrage jedoch  
300 000 Tonnen.

London, 5. März. (Reuter.) In der Gesellschaft  
der Bankiers erklärte der Direktor der Bank von Eng-  
land, ein wirtschaftlich zum Krüppel gemachtes Deutsch-  
land könne keine Entschädigung zahlen. Um einen Höchst-  
betrag an Entschädigung zu erlangen, dürfe man nicht  
über Deutschlands Steuerkraft hinausgehen.

Paris, 6. März. Lloyd George ist gestern hier  
ingetroffen.

Newyork, 5. März. Reuter. Wilson ist heute  
vormittag mit dem Dampfer „George Washington“ nach  
Frankreich abgereist.

### Südamerika gegen den Völkerbund?

London, 6. März. Die „Times“ meldet aus New-  
york: In einer Begrüßungsansprache an die demokrati-  
schen Senatoren teilte Staatssekretär Lansing mit, daß  
die mittel- und südamerikanischen Staaten einmütig ihre  
Beteiligung am Wilson'schen Völkerbund abgelehnt haben.

Newyork, 6. März. Der Streik der Hafenarbeiter,  
durch den die transatlantische und die Küstenschiffahrt  
st. gelegt worden ist, dauert an.

## Baden.

### Sächsische Nationalversammlung.

(-) Karlsruhe, 5. März. (Schluß.) Finanzminister  
Dr. Wirth erklärte, die Regierung stehe grundsätzlich  
auf dem Standpunkt der Tarifverträge und sei bereit,  
mit den Gewerkschaften darüber zu verhandeln. Er habe  
gegläubt, die Oberbeamten würden auf die Zulage ver-  
zichten, aber er habe sich darin getäuscht. Selbstverständ-  
lich verkenne er auch die Notlage eines Teils der Ober-  
beamten nicht. Der Satz „Wir müssen standesgemäß  
leben“ werde bald keine Geltung mehr haben. Dann  
wandte sich der Minister gegen die Vergütungssucht und  
bedauerte die schweren Opfer, welche uns die Entente auf-  
erlegen will. Werden alle ihre Ankündigung zur Tat-  
sache, dann gibt es für uns keine Rettung mehr. Dann  
sind wir für einige Zeit aus der Geschichte ausgelöscht.  
Dann kommt der Bolschewismus, aber nicht allein über  
uns, sondern über ganz Europa. Die Kriegsanleihen  
müssen für das deutsche Volk ein Heiligtum sein; jeder  
Versuch an ihr zu rühren, würde unsere Kredite auf  
Jahrzehnte untergraben.

Abg. Köhler (Z.) machte die Regierung darauf  
aufmerksam, daß sich auch viele Geistliche in einer Not-  
lage befinden und bemängelte, daß die Kriegsgewinne  
nicht stärker erfährt worden seien. Ferner forderte er einen  
Ausbau der Erbschaftsteuer und des Erbrechts des Staats.

Abg. Jhrig (Dem.) bemerkte bei der Beurteilung  
des Mannheimer Ultimatums müsse man auch mildernde  
Umstände in Betracht ziehen. Viele berechnete Wünsche  
der Beamten und Arbeiter seien unberücksichtigt geblieben.

Abg. Wiltz. Müller-Karlsruhe (Z.) vertrat die For-  
derungen des Eisenbahnpersonals. — Abg. Hertzer (S.)  
besprach gleichfalls die Mannheimer Ultimatumsangelegen-  
heit und Abg. Amann (Z.) sagte, der größte Teil  
der Staatsarbeiter sei mit der Mannheimer Ultimatums-  
politik nicht einverstanden gewesen. Auch sei es noch frag-  
lich, ob die Eisenbahner einer Streikaufrufung Folge  
geleistet hätten.

Nach kurzen Ausführungen des Finanzministers Dr.  
Wirth, der u. a. erklärte, die Regierung werde den An-  
regungen des Abg. Köhler, auch den Geistlichen Zuwen-  
dungen zukommen zu lassen, Folge leisten, wurde die  
Weiterberatung auf Donnerstag vertagt.

(-) Karlsruhe, 6. März. Von französischer Seite  
ist mitgeteilt worden, daß der deutschen Regierung auf  
Wunsch die bei der Universität in Straßburg zurückge-  
bliebenen Papiere der deutschen Studierenden dieser Uni-  
versität ausgeliefert würden. Ehemalige Studierende der  
Universität Straßburg, die dort zurückgelassene Papiere  
zu erhalten wünschen, werden ersucht, dies unter genauer  
Bezeichnung der gewünschten Papiere und Angabe der  
Stelle, an die sie gesandt werden sollen, tunlichst bald

dem Auswärtigen Amt, Abteilung Ika in Berlin mitzuteilen.

(-) Mannheim, 6. März. Durch die Rheinbrücken-Sperre sind wieder einige tausend Arbeiter arbeitslos geworden. Der Fürsorgeausschuss für Erwerbslosenfürsorge wird nun versuchen, solange die Sperre noch nicht aufgehoben ist, mit den beteiligten Ludwigshafener Firmen in Verbindung zu treten und Vereinbarungen mit ihnen zu treffen, in welcher Weise die Entlohnung ihrer von der Brückensperre betroffenen Angestellten und Arbeiter vorläufig erfolgen kann.

(-) Mannheim, 6. März. Anstelle des vor einigen Tagen aus Mannheim abgerückten Bataillons der 110er Jäger heute früh 6 Uhr das Bruchsaler Lehrbataillon in Mannheim ein und besetzte die Stadt. Da dieses Bataillon auch als Volkstruppe gedacht ist, entspricht dessen Anwesenheit den Bedingungen des Waffenstillstands. Gleichzeitig mit dem badischen Freiwilligen-Bataillon Bruchsal sind der Minister des Innern Dr. Haas sowie Minister Margloff und der Vorsitzende der Arbeiter-, Bauern- und Volksräte Badens, Abg. Kemmle in Mannheim eingetroffen. Die Genannten werden sofort mit den maßgebenden Stellen die Maßnahmen besprechen, die notwendig sind, um eine Wiederholung der Ausschreitungen, wie sie leider vor kurzem in Mannheim vorgekommen sind, zu verhindern. Die Personen, die sich Verbrechen, Raub und Plünderung dabei zuschulden kommen ließen, werden rücksichtslos zur Verantwortung gezogen werden. In der Stadt herrscht völlige Ruhe unter der Bevölkerung.

In einigen Orten der Umgegend fanden in den letzten Tagen Verhaftungen von Anhängern der Sozialdemokratie (sowohl der Mehrheitssozialisten wie der Unabhängigen) statt. Ueber die Ursache der Verhaftung wird der „Volkstimme“ nichts mitgeteilt; das Blatt meldet, daß alle Verhafteten bis auf einen, der bei dem Gefängnissturm befreit worden war, wieder auf freien Fuß gesetzt worden sind.

(-) Weinheim, 6. März. Die hier verhafteten drei Personen haben eingestanden, den Mord an dem Landwirt Adam Helfrich in Eickelimbach begangen zu haben. Sie wurden nach Darmstadt in Untersuchungshaft gebracht. Nach den fünf anderen Verbrechern wird noch gefahndet.

(-) Mannheim, 6. März. Gestern vormittag wurde der 27jährige Metzger Alles, der mit der Ehefrau des Täublers Friedr. Kiefer ein Verhältnis unterhielt, von dem letzteren erschossen.

(-) Mannheim, 6. März. Die Arbeit bei der Fa. Bopp u. Neuther ist wieder im vollen Umfange aufgenommen worden, nachdem zwischen Arbeiter- und Beamtenchaft und der Fabrikleitung eine Einigung erzielt worden ist.

(-) Vörsach, 6. März. Die Postorgane in Schaffhausen haben einen badischen Lokomotivführer und einen badischen Metzger wegen Lebensmittelschmuggels verhaftet.

(-) Konstanz, 6. März. Ein hiesiger Wirt hatte auf Schleichwegen einen halben Feinmer Kaffee bezogen. Als aber die Sendung eintraf, stellte sich heraus, daß er Wehm gekauft hatte.

## Württemberg. Landesversammlung.

Stuttgart, 6. März.

Die heutige Versammlung war noch ganz mit der zweiten Lesung des Gemeindeverfassungsgesetzes ausgefüllt. Hauptstreiffragen waren vor allen Dingen die Zahl des neu zu schaffenden Kollegiums. Vertreter verschiedener Parteien stellten den Antrag, die vom Ausschuss vorgeschlagenen Zahlen heraufzusetzen, vor allen Dingen für Stuttgart und die übrigen großen und mittleren Städten Württembergs. Der Antrag wurde von den Abgg. Wulle und Löcherer begründet. Das Zentrum sprach sich durch zwei Redner für die Erhöhung der Zahlen in Stuttgart und der nächsten Größenklasse aus. Die Sozialdemokratie wandte sich wie ihre Regierungskollegen Lindemann gegen eine Erhöhung. Es wurde aber mit wechselnden Mehrheiten beschlossen für Stuttgart ein Kollegium von 40-72, für Städte von 50 000 bis 100 000 Einwohnern 24-44 zuzulassen, im übrigen blieb es bei dem vom Ausschuss festgesetzten Zahlen.

Eine lebhaftere Auseinandersetzung gab es sodann noch über die Zulassung des Panachierens und der Ausdehnung der Verhältniswahl auch auf die Gemeinden von mehr als 500 Einwohnern.

Der Abg. Vinkenheil, der sich bei seinem ersten Auftreten ebenso wie sein Fraktionskollege Wulle, als guter Kenner der Gemeindeverwaltung erwies, trat mit beachtenswerten Gründen für die Zulassung des Panachierens wenigstens in kleineren Gemeinden, jedenfalls aber für die Freiheit ein, selber über das anzuwendende Wahlverfahren zu entscheiden.

Nach dem Beschluß des Hauses bleibt es dabei, daß die kleineren Gemeinden von über 500 Einwohnern nach gebundener Liste, allerdings mit dem Recht der Stimmenhäufung wählen. In zwei Entschliessungen wurde noch gewünscht, daß Anträge auf die Erlangung der württembergischen Staatsangehörigkeit möglichst rasch erledigt werden, und daß Beamte, Unterbeamte und Arbeiter des Staates, denen auch die Soldaten zugerechnet werden sollen, für die Arbeit in der Gemeindevertretung Urlaub bekommen sollen. Eine dritte Lesung soll noch folgen.

Als weiterer Punkt wurde schließlich noch in erster und zweiter Lesung ein Gesetz über die vorläufige Ausübung der Staatsgewalt beschlossen. Abg. Döschla warf den Arbeiter- und Soldatenräten Selbstnennung vor, weil sie nicht wie in München die Regierung ablegten und in den Sitzungssaal eindringen. Abg. Bazille kündigte für später eine Verringerung der Ministerzahl an. Aber schließlich wurde das Gesetz doch gegen die Unabhängigen und einigen Verren um Körner angenommen. D.P.C.

D.P.C. Die Sozialisierung ist da. Das Reichsministerium läßt heute folgendes Flugblatt in Arbeiter- und Angestelltenkreisen verteilen:

Das Kohlenrudikat wird sofort sozialisiert, dadurch

gewinnt das Reich d. h. das ganze Volk noch vor der Sozialisierung der Gruben selbst maßgebenden Einfluß auf die gesamte Kohlen- und Schwerindustrie. Die Sozialisierung des Kalibergbaus ist in schnellster Vorbereitung. Das allgemeine Sozialisierungsgesetz, das der Nationalversammlung vorgelegt ist, begründet an Stelle der früheren schrankenlosen Privatwirtschaft die deutsche Gemeinwirtschaft. Das Reich d. h. wir alle regeln diese deutsche Gemeinwirtschaft. Das Reich wird dafür sorgen, daß überall nach den Forderungen des Gemeininteresses, nirgends in kapitalistischem Interesse gewirtschaftet wird und das ist Sozialismus.

D.P.C. Nichts gelernt und nichts vergessen. Einer der Hauptschulden an unserem Zusammenbruch ist der Alldeutsche Verband. Um so erstaunlicher, daß er die Nähe hat, mit einer vier Zeitungsseiten langen Erklärung an die Öffentlichkeit zu treten, um die riesengroße Schuld, die er selbst zu tragen hat, auf andere politische Kreise abzuwälzen. Indessen genügt es, diese vier Seiten mit vier Zeilen abzutun: Der Alldeutsche Verband ist gerichtet, er ist einflusslos. Es wird keiner Kapitulation gefolgen, ihm niemals wieder zu Bedeutung und Einfluß zu verhelfen.

D.P.C. Aus der Deutschnationalen Volkspartei. Der frühere nationalliberale Abg. Fuhrmann ist Blättermeldung zufolge der Deutschnationalen Volkspartei beigetreten.

Herr Fuhrmann trat bekanntlich vor längerer Zeit für einen Zusammenschluß von Deutschnationaler Volkspartei und Deutscher Volkspartei ein. Die Führer der Deutschen Volkspartei winkten energisch ab; es bleibt also abzuwarten, ob Herr Fuhrmann viel Erfolgshaft aus nationalliberalen Kreisen erhalten wird.

D.P.C. Arbeiter in der Nationalversammlung. Nach dem offiziellen Verzeichnis der Mitglieder der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung gehören dieser nicht weniger als 80 Arbeiterkreisläre, Parteisekretäre, Gewerkschaftsbeamte an, und daneben neun Abgeordnete, die sich als Arbeiter oder Arbeiterinnen bezeichnen. Nicht mitgerechnet sind dabei die Arbeitervertreter, die, wie z. B. Otto Braun, Minister sind.

Nach dem Beschluß des Hauses bleibt es dabei, daß die kleineren Gemeinden von über 500 Einwohnern nach gebundener Liste, allerdings mit dem Recht der Stimmenhäufung wählen. In zwei Entschliessungen wurde noch gewünscht, daß Anträge auf die Erlangung der württembergischen Staatsangehörigkeit möglichst rasch erledigt werden, und daß Beamte, Unterbeamte und Arbeiter des Staates, denen auch die Soldaten zugerechnet werden sollen, für die Arbeit in der Gemeindevertretung Urlaub bekommen sollen. Eine dritte Lesung soll noch folgen.

Als weiterer Punkt wurde schließlich noch in erster und zweiter Lesung ein Gesetz über die vorläufige Ausübung der Staatsgewalt beschlossen. Abg. Döschla warf den Arbeiter- und Soldatenräten Selbstnennung vor, weil sie nicht wie in München die Regierung ablegten und in den Sitzungssaal eindringen. Abg. Bazille kündigte für später eine Verringerung der Ministerzahl an. Aber schließlich wurde das Gesetz doch gegen die Unabhängigen und einige Stimmen der Rechten angenommen. D.P.C.

(-) Stuttgart, 6. März. (Der Arbeitsplan der Landesversammlung.) Nach dem Beschluß des Ausschusses sollen am Freitag die Anträge des Finanzanschlusses zum Gemeindeverfassungsgesetz behandelt werden, am Samstag wird die Anfrage Wüllig, betreffend die Beschäftigung weiblicher Personen, durch den Arbeitsminister beantwortet. Gleichzeitig wird die Beratung eines Ueberleitungsgesetzes stattfinden, durch welches eine Reihe von Staatsverträgen bekräftigt werden. In der nächsten Woche finden am Dienstag nachmittag und Mittwoch vormittag Sitzungen des Verfassungsausschlusses statt, um womöglich die erste Beratung des Verfassungsausschlusses zu erledigen. Am Mittwoch nachmittag folgt in der Volksversammlung die Beratung von zwei Nachtragsetzeln, der eine betrifft den Bau von 12 Nebenbahnen, der andere die neugebildeten Ernährungs- und Arbeitsministerien. Am Donnerstag soll die erste Beratung des Landwirtschaftskammergesetzes stattfinden, worauf eine Vertagung der Landesversammlung eintreten wird. In der Zwischenzeit soll dann die zweite Lesung des Verfassungsgesetzes, sowie die erste Beratung des Landwirtschaftskammergesetzentwurfes in den Ausschüssen vorgenommen werden und der Finanzanschuß seine sonstigen Arbeiten erledigen. Am 24. März würden sodann die Vollsitzungen der Landesversammlung wieder beginnen.

## Württemberg.

(-) Stuttgart, 5. März. (Auchsch Volk.) Der 41 Jahre alte, vielfach vor- und nach-geleitete Wilmhelm Derte von Cannstatt und sein Bruder Otto Derte, 44 Jahre alt, Tagelöhner von Eßlinger haben durch Einbruch in dem Fabrikgebäude Kohn, Waldingerstraße in Cannstatt, Seid- u. und Schleierstoffe, Wästen und Kleidungsstücke im Gesamtwert von über 16 000 Mk. Die Stoffe wurden am anderen Tag an den 30 Jahre alten Händler Christian Zipperle von W. im. Sch. in D. Leonberg für 1500 Mk. verkauft. Von da ging die gestohlene Ware an die Trödelhändler und konnte bis auf Weniges nicht mehr beigebracht werden. - Die Strafkammer erkannte den Wilmhelm Derte auf 2 Jahre, 6 Monate Zuchthaus und 6 Jahre Ehrverlust. Der Otto Derte wurde nur Gefängnisstrafe angenommen und auf 3 Monate Haft erkannt.

(-) Ehlingen, 6. März. (Mraub.) Im Walde zwischen Nutt und Hebelingen überfielen drei Burschen einen jungen Mann, raubten ihm Militärmantel, Joppe, Geld- und Brieftasche und verletzten ihn schwer.

(-) Oberkellmungen, O.A. Kirchheim u. T., 6. März. (Einbruch.) Im Konsumverein wurden von einem 18 Jahre alten Fabrikarbeiter von hier Waren im Wert von 500 Mark gestohlen. Der Einbrecher wurde in Ehlingen festgenommen.

(-) Altdingen, O.A. Ludwigsburg, 6. März. (Erschossen.) Als gestern Abend ein 30 Jahre alter Mechaniker aus Cannstatt, der als jäghornig bekannt ist, unter Drohungen gegen das Leben seiner Schwie-

gerestern in deren Wohnung Eindringung, wurde er von seinem Schwager erschossen.

(-) Enzberg, 6. März. (Müßtritt.) Schulheiß Steeger ist nach 24jähriger Amtstätigkeit wegen Schwierigkeiten, die ihm bei der Lebensmittelversorgung gemacht wurden, von seinem arbeitsreichen Amt zurückgetreten. Er ist als Verwalter des Elektrizitätswerkes weiter tätig.

(-) Badnang, 6. März. (Schwindler.) Vor einigen Tagen traten hier „Kriminalbeamte“ auf, die verschiedenen Fabrikbesitzern Geld abnahmen, um angeblich die Leberdiebe zu ermitteln. Es hat sich nun herausgestellt, daß diese Leute Schwindler waren.

(-) Heilbronn, 6. März. (Eingemeindungsfragen.) Die bürgerlichen Kollegien haben in ihrer letzten Sitzung beschlossen, mit den drei Gemeinden Bödingen, Sonthheim und Redargartach wegen Eingemeindung in Verhandlungen einzutreten.

(-) Vörsach, 6. März. (Pferdiebstahl.) Hier wurde einem Landwirt aus Steinhäusen aus einem Gaststall ein Pferd im Wert von 7000 Mk. samt Geschirr gestohlen. Als Dieb wurde der stellenlose Kaufmann Franz Kayser von Westhausen, O.A. Ellwangen, verhaftet.

(-) Ludwigsburg, 4. März. (Schweinemarkt.) Zufuhr: 94 Milchschweine, 2 Läuferchweine. Preise für ein Paar Milchschweine 270-400 Mk. Läuferchweine keine verkauft. Die Zufuhr von Milchschweinen war heute mittel, die von Läuferchweinen schwach. Der Verkauf ging bei sinkenden Preisen nur langsam von statten.

(-) Leonberg, 6. März. Aus dem gestrigen Schweinemarkt galt Milchschweine 125-145 Mk. das Stück. Viele Käufer mußten leer abziehen, da die Zufuhr ungenügend war. Die Zufuhr an Milchschweinen wurde geräumt.

(-) Geislingen a. St., 6. März. (Pferdemarkt.) Der Pferdemarkt am Dienstag war sehr reich besucht. Der erzielte höchste Preis betrug etwa 7200 Mk., der niedrigste 1100 Mk. Etwa die Hälfte der Pferde wurden verkauft.

## Demokratische Jugendorganisation.

Von Gerichtsassessor Dr. Erich Schmid.

Die Jugend ist der Gedankenführer der Zukunft. Sie ist das natürliche Bindeglied vom Vergangenen zu Werden. An die neue Zeit tritt sie vorurteilsfrei und unbefangt heran, sie bringt ein empfängliches Herz für das kommende Neue mit in die Partei.

Die Jugend stellt aber auch ein Bindeglied zwischen den einzelnen Strömungen der Partei dar. Frei von den Parteidoqmen der alten Zeit ist sie geeignet, die neuen politischen Verhältnisse als etwas gegebenes hinzunehmen und mit dem neuen Geist der neuen Partei zu erfüllen.

Was ist dieser Geist? Eine Erregung der Revolution scheint in unserem politischen Leben gesichert zu sein: die demokratische Ausgestaltung unseres Staates, das Eintragen des Volkswillens in den neuen Staat, die Ausfüllung des Staatsgeistes mit dem Volksgest. Aber ein anderes ist es, was die Jugend als heiliges Gut in ihrem Begeisterungsfähigen Herzen zu hegen hat: die Liebe zum deutschen Vaterlande. Wir Jungen müssen im deutschen Volkstaate das politische Deutschtum sichern, wir müssen unsern neuen Staat anstellen mit deutschem Nationalbewußtsein, mit der Liebe eines Volkes zu seiner Heimat. Die Leistungen unseres Volkes in diesem Kriege berechtigen uns trotz unglücklichen Ausgangs zu deutschem Kraftbewußtsein und zu der Ueberzeugung, daß deutsches Wesen ein Kleinod ist, das in der Welt noch hell erstrahlen wird - wenn die Fehler des alten Staates auszuwischen sind, nämlich die Ueberwertung der Gewalt und die Unterschätzung der geistigen Kräfte im Völkerverleben, wenn deutsche Politik nicht mehr Gewalt, sondern Macht politisch bedeutet. Denn Machtvollkraft äußert sich eben darin, daß man auf das sorgfältigste alle Gesetze des Lebens wachhält, nicht aber in brutalen Gegenwärtigen nur das nächstliegende sieht und erzwingen will.

Und dann ein zweites: Wir müssen die Bannträger des sozialen Gedankens werden. Auch hier gehen wir ungenügend der Zukunft entgegen und müssen die neuen Gedanken in besonderem Vorwärtsschritt vertreten. Ueberzeugt von der Fehlerhaftigkeit des Marxismus, von der Ueberspannung des Prinzips durch das Erfurter Programm der Sozialdemokratie, das die Vergeßlichkeit aller Produktionsmittel fordert, müssen wir mit eisernem Willen an die Bekämpfung des Kapitalismus als unumschränkte Wirtschaftsmacht, herangehen. Wir wollen die wirtschaftlichen Kräfte unseres Volkes nicht in der Hand einer einzigen Klasse, den Besitzenden der Produktionsmittel, zur freien Verwertung belassen, sondern wir wollen die Allgemeinheit in der Arbeit teilnehmen lassen, ohne die Persönlichkeit auszuschalten. So fordern wir die Verstaatlichung von Betrieben nur dort, wo die Entwicklung durch konzentrierte Wirtschaftsmacht in einer Hand der Allgemeinheit gefährlich wird, und verlangen die Erhaltung des freien Unternehmertums unter Beteiligung des Staates am Wirtschaftsgewinn. So lehnen wir in der Landwirtschaft die Verstaatlichung von Grund und Boden bewußt ab, und verlangen innere Kolonisation, Vermehrung des heimischen Eigentums, auf Kosten des Großgrundbesitzes, Bauerngut an Bauerngut auf freier deutscher Scholle an Stelle von abhängigen Lohnarbeitern der großen Güter.

In diesem Geiste nationaler Erhebung und sozialer Reformen soll sich die demokratische Jugend Deutschlands zusammenschließen. Die Jugend fühlt sich nicht wohl im Rahmen des Alten und soll in eigenem Tätigkeitsdrang ihr politisches Leben selbst gestalten. Nebenall sollen demokratische Jugendvereine entstehen, die ihre besondere Erziehungsaufgabe, die politische Ausbildung ihrer Mitglieder in jugendlicher Begeisterung lösen sollen, um den Idealismus der Genügnung zur reisenden Tat werden zu lassen. (D.P.C.)

- Wieder anzumelden. Nach der heutigen Bekanntmachung der Reichsentscheidungskommission sind die in Frankreich und Belgien beschlagnahmten und nun in Deutschland verkauften Betriebsanrichtungen nun doch bis längstens 20. März bei der Kommission in Berlin anzumelden.



# Württemberg. Landesversammlung.

Stuttgart, 6. März.

Die heutige Versammlung war noch ganz mit der zweiten Lesung des Gemeindeförderungsgesetzes angefüllt. Hauptstreitfragen waren vor allen Dingen die Zahl des neu zu schaffenden Kollegiums. Vertreter verschiedener Parteien stellten den Antrag, die vom Ausschuss vorgeschlagenen Zahlen heranzusetzen, vor allen Dingen für Stuttgart und die übrigen großen und mittleren Städten Württembergs. Der Antrag wurde von den Abgg. Wulle und Löcherer begründet. Das Zentrum sprach sich durch zwei Redner für die Erhöhung der Zahlen in Stuttgart und der nächsten Großstädte aus. Die Sozialdemokratie wandte sich wie ihr Regierungskollege Lindemann gegen eine Erhöhung. Es wurde aber mit wechselnden Mehrheiten beschloffen für Stuttgart ein Kollegium von 40-72, für Städte von 50 000 bis 100 000 Einwohnern 24-44 zuzulassen, im übrigen blieb es bei den vom Ausschuss festgesetzten Zahlen.

Eine lebhaftere Auseinandersetzung gab es sodann noch über die Zulassung des Panachierens und der Ausdehnung der Verhältniswahl auch auf die Gemeinden von mehr als 500 Einwohnern.

**Die Kurze.** Der Aufnahmefuß für die Kriegsanleihe ist von 92 auf 90 1/2 herabgesetzt worden.

Während die deutsche Reichsmark an der Züricher Börse auf 48 bzw. 45 Rappen bewertet wird, werden für das englische Pfund in deutschem Geld bis zu 50 Mark (gegen 20.40 im Frieden) bezahlt. Auch die Franknoten stehen sehr hoch. Dagegen geht der Rubelkurs ständig zurück, wozu namentlich auch die im großen betriebene Fälschung der vollwertigen Zarenrubel durch die Sowjetregierung beiträgt.

**— Zum Verkauf von Kriegsanleihe.** Häufig besteht die Meinung, Kriegsanleihe sei schwer verkäuflich. Es genügt allerdings nicht, daß der Verkäufer sein Papier einfach der Bank übergibt. Den Banken ist eine verschärfte Prüfungspflicht auferlegt, ob der Verkäufer von Wertpapieren auch wirklich der rechtmäßige Eigentümer ist. Gerade bei Kriegsanleihe ist Vorsicht geboten. Denn die für ein Börsenpapier nie dagewesene weite Verbreitung der Kriegsanleihe, die fehlende Sachkunde vieler ihrer Besitzer und die steigende Verwendung als Barzahlung erhöhen die Gefahr des Abhandenkommens. Vermittelt die Bank den Verkauf eines bei irgend einer Polizei- oder Gerichtsbehörde als verloren oder gestohlen angemeldeten Stückes, so kann sie von dem rechtmäßigen Eigentümer zum Schadenersatz herangezogen werden. Ein Mißtrauen ist somit nicht darin zu erblicken, wenn die Bank Angaben über die Herkunft des Papiers verlangt. Aber die Nachprüfung kostet auch Zeit. Nicht immer ist jede Kasse einer Bank in der Lage, besonders bei der heutigen Postverbindung, sofort die neuere, Sammelliste für ausgereiften Wertpapiere in einer Zeitschrift, die die Nummern der als abhanden gekommen gemeldeten Wertpapiere enthält, auf das eingereichte Kriegsanleihestück hin durchzusehen. Und selbst wenn sie dazu in der Lage wäre, könnte der Gegenwert nicht gleich ausbezahlt werden, da nur in wenigen Fällen die Bank für sich selbst Wertpapiere ankauft. Banken vermitteln nur den Verkauf an der Börse. Immerhin vergeht mindestens ein Tag, bis die Abrechnung erteilt wird. Der Kurs schwankt zurzeit zwischen 89 und 91 Prozent. Allerdings sind die Banken und Sparkassen ermächtigt, bei ihnen selbst gezeichnete Kriegsanleihen zum Kurs von 92 Prozent zurückzukaufen. Bei dieser sogenannten Stützaktion handelt es sich indes nur um geringe Beträge, weshalb man selten auf Berücksichtigung rechnen kann. Obendrein wird vom Verkäufer der Nachweis einer besonderen wirtschaftlichen Bedürftigkeit verlangt. Kriegsanleihe ist also ebenso leicht verkäuflich, wie jedes andere derartige Wertpapier. Erhebliche Verschleimung läßt sich meist erzielen, wenn die Unterlagen für den rechtmäßigen Besitz gebracht werden, in welcher Linie die Abrechnung mit der darin angegebenen Nummer des Stückes derjenigen Stelle, von der man die Kriegsanleihe erworben hat. Am zweckmäßigsten ist es,

das Papier bei der Bank zu verkaufen, bei der man sie gezeichnet hat; denn diese kann die Nummern der Stücke aus ihren Büchern sofort feststellen. Schließlich ergeben auch die Ausführungen, daß es sich empfiehlt, Kriegsanleihe nicht selbst aufzubewahren, sondern sie zu diesem Zwecke einer Bank zu übergeben. Mit wenig Pfennigen Kosten kann man so Schaden vermeiden und sich zugleich die Möglichkeit zu einem glatten Verkauf sichern.

**— An die Obstbaumbesitzer** richtet Dekonomierat Schönberg-Hohenheim folgende Mahnung: Die Zeit zum Umtrieben der im Ertrag oder teilweise nicht bringenden Obstbäume naht wieder heran. Zum Teil ist die Vorarbeit zum Umtrieben, das „Abwerfen“, schon vorgenommen worden, der größere Teil wird noch ausgeführt werden müssen. Von der Art und Weise, wie das Abwerfen auszuführen ist, hängt vielfach das Gedeihen, die Ertragsfähigkeit und die Lebensdauer der umgetriebenen Bäume ab. Durch das sehr häufig unangemessene Abwerfen der Obstbäume, sowie die später folgende, ihnen unbedingte Behandlung und das dadurch veranlaßte Stürzen und vorzeitige Eingehen wertvoller Feld- und Gartenobstbäume gehen jährlich, jährlich dem Lande, und ganz besonders der Landwirtschaft große Summen verloren. Landwirte, seid vorsichtig beim Umtrieben eurer Obstbäume, übertragt diese Arbeit nur solchen Baumgärtnern und Baumwartern, die ihrer Aufgabe gewachsen sind; laßt eure Bäume nur von solchen Baumwartern umtrieben, die durch den verantwortlichen Oberamtsbaumwart entsprechend unterwiesen worden sind oder die selbst den Lehrkurs im Abwerfen und Umtrieben der Obstbäume im Vorjahre in Hohenheim mitgemacht haben! Das Hindertum beim Obstbau ist allgegenwärtig; aber deshalb Vorsicht!

**— Eine neue Milliardensteuer** ist angekündigt worden in Form einer Sondersteuer auf die Jahreszinsen von festverzinsten Hypotheken und Wertpapieren einschließlich aller Staatspapiere in Höhe von 10 Prozent. Das Steuer-Erträgnis aus den Staatspapieren allein wird auf über 800 Millionen Mark berechnet. Die Pfanbriefe der Aktien-Hypothekenbanken betragen Ende 1914 über 11 Milliarden, die bei einem Zinssatz von durchschnittlich 4 Prozent rund 45 Millionen Steuer erbringen würden. Die Schuldverschreibungen der Stadt- und Landgemeinden beliefen sich bereits 1912 auf 6340 Mill., sie sind inzwischen aber gewaltig angewachsen. Der Steuerertrag dürfte also nicht viel geringer sein. Aus den Schuldverschreibungen der Aktiengesellschaften, die 1912 die Höhe von 4605 Millionen bei 5prozentiger Verzinsung erreichte hatten, sind etwa 23 Millionen zu erwarten. Von dem Umlauf der Bodenkreditanstalten im Betrag von rund 7000 Millionen kann man wohl einen Steuerertrag von 30 Millionen annehmen. Was sodann die Hypothekenzinsen anlangt, so dürften im Besitz der Sparkassen und der Versicherungsgesellschaften immerhin 15 bis 20 Milliarden Hypotheken sich befinden, für die 60 bis 80 Millionen Steuer in Betracht kommen. Dazu treten die zahlreichen Hypotheken in Privatbesitz. Der Gesamtertrag der Steuer wird somit eine Milliarde erheblich übersteigen.

**— Arbeitskleidung.** Die örtlichen Demobilisationsämter können künftig die Bestimmungen über die Notwendigkeit der Arbeitskleidung unmittelbar an die Abteilung II der Reichsbeschickungsstelle einreichen.

**— Gerstenkaffee.** Durch den geringeren Bedarf der Heeresverwaltung kann künftig auch der Zivilbevölkerung wieder etwas reiner Gerstenkaffee zugeführt werden. Der Preis beträgt wie für die gemahlene Kaffeebohne im Kleinhandel 1.16 M. für 1 Pfund gewaschene bzw. 1.12 M. für 1 Pfund lose Ware. Für Fein- und Kaffee-Essenzen werden besondere Preise festgesetzt.

## Gegen die Banknotenhamster.

Zu der Zeit der Uebergangswirtschaft, in welcher wir uns jetzt befinden, muß jedermann besonders darauf bedacht sein, seine Handlunzen in Einklang mit dem

wageneinwohl zu bringen; denn es liegt im Interesse eines jeden, daß wir sobald als möglich nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich in geordnete Bahnen einleiten!

Wirtschaftsfeinde sind aber die Bestrebungen und Gewohnheiten, Bargeld in einem größeren Umfange zu Hause zurückzuhalten, als für die Befriedigung der kleineren Lebensbedürfnisse unbedingt notwendig ist.

Es gibt überhaupt keinen triftigen Grund, der jemanden dazu veranlassen könnte, bares Geld zu verstecken. Wer sein Geld von der Bank oder Sparkasse abholt, seine Wertpapierbestände oder sonstigen Vermögenswerte „verfilbert“, macht einen schlechten Tausch; denn er tauscht zinsbringende Werte gegen zinslose ein, ohne zudem an Sicherheit zu gewinnen, ja er setzt sich sogar der Gefahr von Verlusten aus.

Obendrein schädigt er die Gesamtheit; denn er trägt durch seine Handlungsweise zur Vermehrung des Notenumlaufs bei, fördert somit eine weitere Entwertung des Geldes und verzögert den erwarteten Rückgang der Preise. Die Entwertung des Geldes verschlechtert aber auch unsere Valuta und verhindert somit die unbefristete Wiederannähme des Außenhandels.

Wenn also das Wohl der deutschen Volkswirtschaft am Herzen liegt, der helfe mit, die Banknotenhamsterei zu bekämpfen und der bargeldlosen Zahlung durch Ueberweisung oder Scheck Eingang zu verschaffen!

## Mutmaßliches Wetter.

Eine Störung wird die Wetterlage der nächsten Tage beherischen. Am Samstag und Sonntag ist vorwiegend trübe und auch mit Niederschlägen verbundene Witterung zu erwarten.

Durch Entschließung der Staatsregierung ist der III. Oberpostdirektor Herzog hier zum Postmeister in Dornbach ernannt worden.

## Sicherheit der Bank-Depots.

Die deutschen Banken haben letzten eine Ergänzung ihrer allgemeinen Geschäftsbedingungen bekannt gegeben. Ueber die Tragweite dieser ergänzenden Bestimmungen wird von einer Seite folgendes ausführende Schreiben verfaßt:

Wegen Aufnahme der Bestimmungen über Folgen von Betriebsstörungen sind folgende Gesichtspunkte beachtlich:

1. Ausführung von Aufträgen, Streiks, Ausprägungen, Aufrufe und Verfügungen von hoher Hand können zur Folge haben, daß durch sie zeitweise der Betrieb der Bank beeinträchtigt oder vollkommen gehemmt wird. Während der Dauer der Störung sind wir möglicherweise nicht in der Lage, Aufträge sofort auszuführen, sonstigen Leistungen ausnahmsweise nachzukommen oder Zahlungen oder Ueberweisungen pünktlich zu leisten. Es muß deshalb mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß in solchen Fällen die Ausführung von Aufträgen eine Verzögerung erleidet.

2. Sicherheit von Konto-Guthaben und Depositen-Geldern. Die Haftung der Bank nach den bisherigen allgemeinen gesetzlichen und vertragmäßigen Bestimmungen für Kontoguthaben und Depostengelder wird durch die neue Klausel in keiner Weise berührt.

3. Sicherheit des Depots. Auch für die ihr anvertrauten Depots haftet die Bank trotz der neuen Klausel in der bisherigen Weise.

Die Fassung der neuen Geschäftsbedingungen und die Art ihrer Bekanntgabe können allerdings geeignet sein, Mißverständnisse hervorzurufen. Insbesondere wurde der juristische Ausdruck „Verfügungen von hoher Hand“ unrichtig aufgefaßt. Wir rufen hier die ausdrückliche Erklärung der Reichsregierung in die Erinnerung zurück, wonach jeder Eingriff in die geschäftliche Tätigkeit der Banken und sonstige Kreditanstalten zu unterbleiben hat. Die Beunruhigung, welche durch die plötzliche Aufnahme der Klausel im Publikum entstanden ist, erscheint also durchaus unbegründet. Die Sicherheit der Bankguthaben und Bankdepots besteht völlig unverändert.

Druck und Verlag der D. Hofmann'schen Buchdruckerei in Wildbad. Verantwortlich: G. Reinhardt daselbst.

## Ablieferung der Delifrüchten aus der Ernte 1918.

Nach einer Bekanntmachung vom 11. Juli 1918 (Zust. Nr. 164) sind die Erzeuger von Delifrüchten berechtigt für sich zurückzubehalten:

- a, daß für den eigenen Betrieb erforderliche Saatgut,
- b, bis zu 20 Kilo zur Verwendung in der eigenen Hauswirtschaft.

Alle darüber hinausgehenden Vorräte sind bis spätestens 12. ds. Mts. auf dem Städt. Lebensmittelamt abzuliefern Wildbad, den 6. März 1919.

Stadtschultheißenamt: Bägner

## Bekanntmachung.

Die vom Heere entlassenen **Gewerbetreibenden**, welche ihre neu begonnenen Betriebe noch nicht angemeldet haben, werden auf die bestehende Meldepflicht hingewiesen. Wildbad, den 6. März 1919.

Stadtschultheißenamt Bägner.

## Käseabgabe.

Auf Lebensmittelkarte 32 wird abgegeben:

100 gr. Käse

Außerdem erhalten auf Karte 24 extra:

Schwerarbeiter 1/2 Pfund

Schwerstarbeiter 1/2 Pfund

Risten-Schlaf Samstag Abend 6 Uhr.

Städt. Lebensmittelamt Wildbad

## Türvorlagen

in verschiedenen Ausführungen empfiehlt

Robert Treiber.

## Städt. Arbeitsamt Wildbad.

(Im Lebensmittelamt)

Kostenlose Stellenvermittlung.

Für sofort oder später werden gesucht nach hier:

6 Dienstmädchen,

11 Küchenmädchen,

1 Office-Mädchen.

Stellen suchen:

a.) Männlich:

Kaufleute

Räder

Kellner

Friseur,

Maschinenbauer,

Buchdrucker,

Tagelöhner (Kriegsinvaliden)

1 Junge als Schuhmacherlehrling.

b.) Weiblich:

Zimmermädchen (in Hotels oder

Ernterhauselein (Freundenheim

Saalkücher

Kassierin

Pup-, Wasch- u. Monatsfrauen

Zigarettenmädchen.

Nächste Woche trifft ein Waggon

## Weizenstroh und

## Druschbrit

ein und nimmt Bestellungen entgegen

Karl Tubach.

Wildbad den 6. März 1919.



## Danksgiving.

Für die vielen Beweise herzl. Teilnahme bei dem Hinscheiden meiner lieben Frau, unserer guten Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

## Pauline Hammer

geb. Pfau

spreche ich meinen tiefgefühltesten Dank aus. Besonders herzlichen Dank für die reichen Blumen-spenden, für die trostreichen Worte des Herrn Stadtschultheißen, den Gesang der Herrn Lehrer, für die aufopfernde Pflege der ev. Schwestern sowie denjenigen, welche sie während ihrer Krankheit besuchten und erquickten.

Theodor Hammer

Einen noch gut erhaltenen grauen

Herren-

Ueberzieher

hat zu verkaufen.

Näheres in der Exped.